

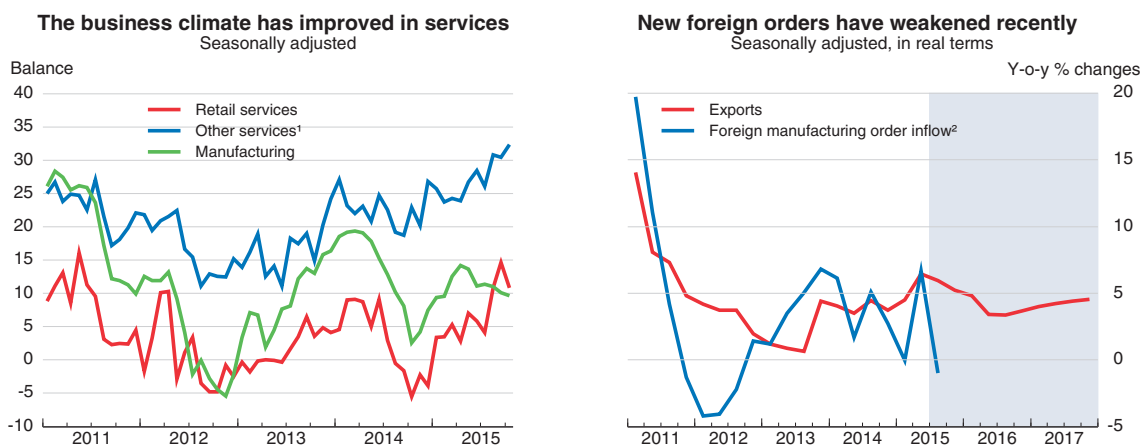
## DEUTSCHLAND

Das Wirtschaftswachstum wird 2016 voraussichtlich steigen, da ein robuster Arbeitsmarkt, tiefe Zinsen und niedrige Ölpreise den privaten Verbrauch fördern. Die schwächere Nachfrage aus den aufstrebenden Volkswirtschaften wird mit der Zeit durch stärkere Exporte in den Euroraum aufgewogen. Die Unternehmensinvestitionen dürften sich bei steigender Kapazitätsauslastung zunehmend erholen. Flüchtlinge mit dauerhafter Bleibeperspektive werden nach und nach in den Arbeitsmarkt eintreten und können auf mittlere Sicht zur Minderung des Effekts der Bevölkerungsalterung beitragen. Die Arbeitslosenquote wird auf historisch niedrigem Niveau verharren. Der Leistungsbilanzüberschuss wird etwas abnehmen, aber sehr hoch bleiben.

Der haushaltspolitische Kurs ist expansiv, was angemessen ist, da Raum für kurzfristige Ausgabenprioritäten im Zusammenhang mit Strukturreformen geschaffen werden muss, um mehr inklusives Wachstum und Wohlergehen zu ermöglichen und den mit dem Asylbewerberzustrom einhergehenden Anforderungen gerecht zu werden. Es bedarf Anstrengungen zur Erleichterung der Eingliederung der Neuzuwanderer, damit sie sich besser in die deutsche Gesellschaft integrieren können und um ihre Beschäftigungschancen zu erhöhen. Mehr Förderung ist nötig für junge Menschen mit ungünstigem sozioökonomischem Hintergrund im Bildungssystem. Bessere Kinderbetreuungsangebote und niedrigere Steuern für Zweitverdiener würden Frauen, die stärker am Erwerbsleben teilnehmen möchten, mehr Optionen eröffnen. Durch den Abbau von Wettbewerbshindernissen im Dienstleistungssektor ließe sich die Innovations- und Investitionstätigkeit stärken und könnte auch Deutschlands großes außenwirtschaftliches Ungleichgewicht verringert werden.

Maßnahmen zur Beseitigung der Steuervergünstigungen für CO<sub>2</sub>-emissionsintensive Aktivitäten und zur Ausrichtung der Besteuerung fossiler Energieträger an ihrem CO<sub>2</sub>-Gehalt würden Deutschland helfen, seine Emissionsminderungsziele kostengünstig zu erreichen. Zur Verringerung der Energieintensität der Wirtschaft sollten die Steuerbefreiungen für energieintensive Branchen aufgehoben, die Steuererleichterungen für Firmenwagen und die Pendlerpauschale abgeschafft und die Steuern auf Diesel auf das Niveau der Benzinsteuern angehoben werden. Die Bundesregierung sollte ihren Einfluss nutzen, um sicherzustellen, dass die EU-Emissionsgrenzwerte für Kraftfahrzeuge effektiver zur Emissionsminderung beitragen.

### Germany



1. Services excluding government, financial services, wholesale and retail trade.

2. Data available until August 2015.

Source: OECD Economic Outlook 98 database; Statistisches Bundesamt; and CESifo Group Munich.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933296220>

Germany: **Employment, income and inflation**

Percentage changes

	2013	2014	2015	2016	2017
Employment	1.0	0.9	0.6	0.5	0.8
Unemployment rate <sup>1</sup>	5.2	5.0	4.6	4.6	4.6
Compensation per employee <sup>2</sup>	1.8	2.6	2.9	2.8	2.9
Unit labour cost	2.4	2.2	2.1	1.5	1.2
Household disposable income	1.8	2.3	2.4	2.8	3.1
GDP deflator	2.1	1.7	2.0	1.2	1.4
Harmonised index of consumer prices	1.6	0.8	0.1	1.0	1.6
Core harmonised index of consumer prices <sup>3</sup>	1.2	1.1	1.1	1.3	1.6
Private consumption deflator	1.2	0.9	0.6	1.0	1.5

1. As a percentage of labour force, based on national accounts.

2. In the total economy.

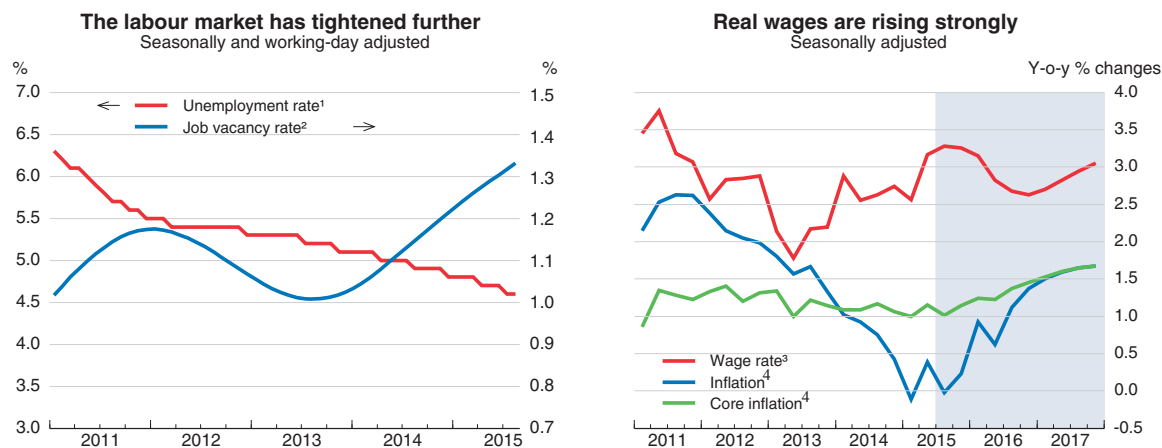
3. Harmonised index of consumer prices excluding food, energy, alcohol and tobacco.

Source: OECD Economic Outlook 98 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933296795>**Die Nachfrage der privaten Haushalte stützt das Wirtschaftswachstum, die Exporte schwächen sich jedoch ab**

Das Wirtschaftswachstum setzte sich im dritten Quartal fort. Die Nachfrage der privaten Haushalte expandierte unter dem Einfluss eines starken realen Einkommenswachstums, wodurch das Vertrauen im Dienstleistungssektor ein hohes Niveau erreichte. Niedrige Ölpreise dämpften die Verbraucherpreisentwicklung, während ein angespannter Arbeitsmarkt die Löhne steigen ließ. Die Beschäftigung nahm weiter zu, und die Arbeitslosenquote, die bereits zuvor die niedrigste in der Europäischen Union war, ging weiter zurück. Das Verdienstgefälle

## Germany



1. Population aged 15-74 years. Based on the German labour force survey.

2. Percentage of unfilled job vacancies relative to total employment.

3. Average nominal wage per employee.

4. Harmonised consumer price index (HICP). Core HICP excludes energy, food, alcohol and tobacco.

Source: OECD Economic Outlook 98 database; and Statistisches Bundesamt.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933296234>

Germany: **Financial indicators**

	2013	2014	2015	2016	2017
Household saving ratio, net <sup>1</sup>	9.1	9.5	9.5	9.4	9.1
General government financial balance <sup>2</sup>	-0.1	0.3	0.9	0.6	0.9
General government gross debt <sup>2</sup>	81.4	82.1	78.5	75.0	71.6
General government debt, Maastricht definition <sup>2</sup>	77.2	74.8	71.2	67.7	64.3
Current account balance <sup>2</sup>	6.5	7.5	8.3	8.0	7.5
Short-term interest rate <sup>3</sup>	0.2	0.2	0.0	0.0	0.1
Long-term interest rate <sup>4</sup>	1.6	1.2	0.5	0.6	0.9

1. As a percentage of disposable income.

2. As a percentage of GDP at market value.

3. 3-month interbank rate.

4. 10-year government bonds.

Source: OECD Economic Outlook 98 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933296806>

zwischen Männern und Frauen ist jedoch nach wie vor groß, was auf Hindernisse für die berufliche Entwicklung von Frauen zurückzuführen ist. Der bundesweite Mindestlohn hat zu einer Zunahme des Lohnwachstums um rd. ½ Prozentpunkt geführt, was aber offenbar nicht mit Arbeitsplatzverlusten verbunden war. Die Nachfrage nach Wohnraum wächst weiter, was die Mieten und Immobilienpreise in städtischen Zentren steigen lässt, aber auch dem Wohnungsbau Auftrieb gibt. Die Unternehmensinvestitionen beleben sich trotz der historisch niedrigen langfristigen Zinsen und der guten Ertragslage nur langsam. Besonders

Germany: **Demand and output**

	2014	2015	2016	2017	Fourth quarter		
					2015	2016	2017
	Current prices euro billion	Percentage changes from previous year, volume (2010 prices)					
<b>GDP at market prices</b>	2 919.8	1.5	1.8	2.0	1.6	2.0	2.0
Private consumption	1 593.9	1.9	2.0	2.0	1.5	2.1	1.9
Government consumption	564.0	2.1	2.7	2.3	2.3	2.6	2.2
Gross fixed investment	586.8	1.9	2.9	3.8	2.3	3.7	3.8
Public	63.5	-0.5	4.7	3.1	-0.1	5.5	2.1
Residential	172.3	2.3	2.3	3.0	3.9	2.6	3.1
Non-residential	351.0	2.2	2.8	4.3	2.0	3.9	4.4
Final domestic demand	2 744.8	1.9	2.3	2.4	1.8	2.6	2.4
Stockbuilding <sup>1</sup>	- 22.6	-0.6	-0.1	0.0			
Total domestic demand	2 722.2	1.3	2.2	2.5	1.4	2.6	2.4
Exports of goods and services	1 336.8	5.5	3.8	4.3	5.2	3.7	4.5
Imports of goods and services	1 139.2	5.7	5.2	5.7	5.4	5.4	5.8
Net exports <sup>1</sup>	197.7	0.3	-0.3	-0.3			
<i>Memorandum items</i>							
GDP without working day adjustments	2 915.6	1.8	1.9	1.8			

Note: Detailed quarterly projections are reported for the major seven countries, the euro area and the total OECD in the Statistical Annex.

1. Contributions to changes in real GDP, actual amount in the first column.

Source: OECD Economic Outlook 98 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933296810>

verhalten ist die Investitionstätigkeit nach wie vor in energieintensiven Fertigungsbranchen. Umfangreiche Energiesteuerermäßigungen und Ungewissheit über anstehende Änderungen des Regulierungsumfelds dürften Energiesparinvestitionen in diesen Branchen bremsen. Auch das Wachstum der Kreditvergabe an den privaten Nichtfinanzsektor ist weiterhin gedämpft.

Die Exportwirtschaft hat ihren Marktanteil im ersten Halbjahr 2015 nochmals deutlich ausgebaut, was z.T. der Euro-Abwertung zuzuschreiben war. Besonders kräftig entwickelten sich die Exporte von Verkehrs-, Elektronik- und Optikausrüstungen sowie von Chemieerzeugnissen, alles Branchen, in denen Deutschland einen langjährigen komparativen Vorteil hat. In den letzten Monaten wurde im Verarbeitenden Gewerbe infolge der schwächeren Nachfrage von außerhalb des Euroraums allerdings eine Abnahme der Auftragseingänge aus dem Ausland verzeichnet. Die Exporte nach China, auf das 7% der deutschen Warenexporte entfallen, haben sich abgeschwächt, und die Ausfuhren nach Russland sind drastisch zurückgegangen.

### **Zuwanderung und höhere öffentliche Ausgaben geben der Inlandsnachfrage Auftrieb**

Die Nettozuwanderung ist deutlich gestiegen und könnte 2015 über 1 Million Personen (1,25% der Bevölkerung) erreichen. Von staatlicher Seite wurden erhebliche logistische Anstrengungen unternommen, um Notunterkünfte für die Flüchtlinge bereitzustellen. Es wurden erste Schritte unternommen, um die Kompetenzen der Neuzuwanderer zu evaluieren, die Schulungsangebote auszuweiten und den Zugang zum Bildungssystem zu erleichtern. Angesichts des jungen Alters vieler dieser Zuwanderer dürften solche Maßnahmen eine hohe langfristige Rendite bringen. Die Ausgaben zur Deckung des Erstbedarfs der Neuzuwanderer und zur Förderung ihrer Eingliederung in den Arbeitsmarkt werden sich 2016 und 2017 pro Jahr voraussichtlich auf  $\frac{1}{2}$ % des BIP belaufen.

Zudem wird erwartet, dass bereits zuvor geplante fiskalpolitische Maßnahmen den Haushaltsüberschuss um  $\frac{1}{2}$ % des BIP verringern. Dies umfasst zusätzliche Mittel für Pflegeversicherungsleistungen, Kindergeld und Kinderfreibeträge (0,2% des BIP). Die öffentlichen Investitionsausgaben für Verkehrsinfrastruktur, Kinderbetreuungseinrichtungen, Hochschulen und andere Forschungseinrichtungen werden um 0,1% des BIP zunehmen. Außerdem hat der Bund die Fördermittel für kommunale Investitionen erhöht.

Wegen der Konjunkturabschwächung in den aufstrebenden Volkswirtschaften verringert sich die Nachfrage nach Investitionsgütern, auf die die deutsche Exportwirtschaft spezialisiert ist. Im Jahresverlauf 2016 dürften sich die Exportmärkte aber wieder beleben. Außerdem nimmt der Effekt der jüngsten Euro-Abwertung ab, und der starke Lohnauftrieb wird Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit schmälern. Der Abgasskandal bei Volkswagen hat das Vertrauen in die deutsche Automobilindustrie nicht beeinträchtigt.

Die CO<sub>2</sub>-Emissionen sind in den letzten Jahren weitgehend unverändert geblieben. Die erneuerbaren Energien haben dank der garantierten Einspeisetarife kräftig expandiert und stellen inzwischen rd. 30% der Stromerzeugung. Die Bundesregierung hat zudem Schritte eingeleitet, um die Integration der erneuerbaren Energien in den Strommarkt und das Übertragungsnetz zu verbessern. Um die Emissionen im Vergleich zu 1990 um 40% zu reduzieren, hat die Bundesregierung Zahlungen für Kraftwerksbetreiber beschlossen, damit sie ihre CO<sub>2</sub>-intensiven Braunkohlekraftwerke in eine Reserve überführen und anschließend stilllegen. Außerdem hat sie ein weitgefächertes Programm zur Förderung von Energiesparinvestitionen aufgelegt. Maßnahmen zur Verringerung der Schadstoffemissionen, insbesondere in Pkw-Abgasen, bringen erhebliche gesundheitliche Vorteile.

## **Außenwirtschaftlichen Risiken kann durch entschlossenes politisches Handeln begegnet werden**

Das Wirtschaftswachstum wird voraussichtlich stark bleiben, was hauptsächlich der Nachfrage der privaten Haushalte zuzuschreiben ist. Die Exporte und Unternehmensinvestitionen werden allmählich an Dynamik gewinnen. Unter dem Einfluss der Zuwanderung wird die Erwerbsbevölkerung bis Ende 2017 um rd. 1% expandieren, wodurch sich die Arbeitsmarktengpässe z.T. verringern dürften, was aber starke Politikmaßnahmen voraussetzt, um die Menschen in Beschäftigung zu bringen. Der Verbraucherpreisauftrieb könnte etwas steigen, da ein kräftiges Lohnwachstum verzeichnet wurde und kaum noch Kapazitätsüberhänge bestehen. Das robuste Wachstum der Inlandsnachfrage und geringere Nettokapitalerträge aus dem Ausland werden den Leistungsbilanzüberschuss schmälern. Dank des starken Wachstums der Steuereinnahmen dürfte es möglich sein, trotz diskretionärer Ausgabenerhöhungen weiter einen Haushaltsüberschuss auszuweisen.

Erneute Spannungen im Euroraum und eine drastische Konjunkturverlangsamung in den aufstrebenden Volkswirtschaften könnten die Ausfuhren und die Inlandsinvestitionen stärker beeinträchtigen als erwartet, was sich auch auf das Konsumklima auswirken könnte. Der Volkswagen-Abgasskandal könnte stärkere Auswirkungen haben als angenommen. Demgegenüber könnten Maßnahmen zur Umsetzung von Reformen zur Verbesserung des Geschäftsklimas, zur Vollendung des EU-Binnenmarkts und zur Schaffung einer umfassenden Bankenunion den Exporten Auftrieb geben und die Attraktivität des Investitionsstandorts Deutschland erhöhen.